

Der Maler

Organ des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder

Erscheint Sonnabends
Abonnementpreis 1,50 M pro Quartal
bei freier Zusendung unter Kreuzband 2 M

Schriftleitung und Geschäftsstelle:
Hamburg 88, Alster-Terrasse Nr. 10
Fernsprecher: Nordsee 8246

Postkontonto:
Vermögensverwaltung des Verbandes
Hamburg 11698

An die Kollegenschaft!

Später als sonst hat dieses Frühjahr die Arbeit im Malergewerbe ein-
geht. Wir hoffen, daß sie deshalb nun aber auch um so beständiger
bleibt und sich im Laufe der nächsten Wochen noch wesentlich verbessert. Zwar
gern die Schatten der schweren internationalen Krise, die alle Industrien
und Gewerbe in Mitleidenschaft zieht, noch schwer auf unserer Volkswirtschaft,
aber dennoch glauben wir mit froher Zuversicht vorauszu schauen zu dürfen.

Sicher sind manche, zunächst im zeitigen Frühjahr geplant gewesene
Arbeiten — vor allem Privatarbeiten — wegen des herrschenden Kapital-
mangels zurückgestellt worden und die Neu- und Umbautätigkeit wird unter
den gegebenen kritischen Verhältnissen, und nachdem die vom Reich und den
Länderregierungen bewilligten, recht erheblichen Summen nur ganz allmählich aus-
geschüttet werden, später sich beleben, als anfangs anzunehmen war. Aber
auch diese Tatsache braucht uns nicht mutlos zu machen; die Zeit arbeitet
ausgesiebt für uns. Was seit mehr als 12 Jahren an dringendsten Maler-
arbeiten unterblieb, ist zum größten Teil doch nur aufgeschoben und andere
arbeiten sich durch die steigenden Bedürfnisse, Geschmacksveränderungen und
Modeströmungen vor.

Der politische Horizont allerdings ist noch sehr unklar. Der Eintritt
Deutschlands in den Völkerbund stieß im ersten vorbereitenden diplomatischen
Stadium in dessen Vollversammlung auf harten Widerstand, doch ist hier dem-
gegenüber auf einen Fortschritt zu hoffen und nach der schon seit Jahren be-
stehenden und durch den neuesten Berliner Vertrag endgültig gewordenen
Verbindung mit dem großen östlichen Nachbarstaat, nachdem man vor
einigen Monaten in Locarno die Frage der politischen Sicherheiten
überprüft, mit einem endgültigen Bündnis mit den großen West-
mächten zu rechnen. Angesichts der aufgehäuften Berge von Haß und
nationalistischen Gefühlen zeigt sich hier der Wille zu einer Verständigung
zwischen Völkern und damit auch der Anfang einer internationalen Wirtschafts-
politik, der dauernd mit Erfolg entgegenzuarbeiten selbst den interessiertesten
Interessierten nicht gelingen wird.

Werden auf diesem Wege im Laufe der Jahre weitere Fort-
schritte erzielt, so wird damit am besten der Weg frei für eine
regelmäßige, dem normalen Verlauf der Dinge entsprechende wirt-
schaftliche Entwicklung, von der die Arbeiterschaft, und darunter
auch unsere Kollegen, sicher einen nicht unbedeutenden Nutzen
ziehen.

Unser Verband hat für dieses Jahr durch den Abschluß des neuen
Arbeitsvertrages im Malergewerbe, dessen Allgemeinverbindlichkeits-
klärung bereits beantragt ist, die Bahn für einen ungehinderten Lauf der
Wirtschaftstätigkeit freigemacht. Nach diesem langen Winter mit seiner Arbeits-
losigkeit ein Werk von größter Bedeutung. Genaueste Durchführung der
einbärigen Bedingungen muß nun unsere wichtigste Aufgabe sein.

Geht hinaus und zeigt den Unorganisierten und Wankelmütigen
unsern Kollegen, was ohne ihr Zutun geschaffen worden ist.
Trotz größter Schwierigkeiten hat unser Verband in diesem Winter allein
eine halbe Million Mark an

Arbeitslosenunterstützungen

erhalten. Wir haben genügend Beweise dafür, daß unsere Kollegen kurze
Zeit nach dem verheerenden Verlauf der Inflation, die auch unser Verbands-

vermögen verschlungen hat, diese Tat sehr wohl zu schätzen wissen und vielfach
fast verwundert fragen, wie diese finanzielle Großleistung nur möglich war.

Im Kampfe für den **Gesundheits- und Unfallschutz** ist ein
weiterer Erfolg erzielt. Unsere seit Ja en gestellten Forderungen auf Be-
handlung der gewerblichen Vergiftungen und Benzolschäden wie Betriebs-
unfälle sind vor einigen Monaten durchgesetzt worden. Bei der fortschreitenden
Technik und den unermüdblichen Rationalisierungsbestrebungen vor allem in den
Lackierereibetrieben stehen uns hier noch wichtige Aufgaben bevor.

Beim Abflauen der Krise werden **große Wirtschaftskämpfe** zu
erwarten sein. Das Unternehmertum, vor allem die Großindustrie, wird
sicher nicht gewillt sein, die jetzt unter dem Druck der Not diktierte
Verschlechterung der Arbeitsbedingungen durch entsprechende Verbesserungen
baldigst wieder auszugleichen, sowie dann kommende Preissteigerungen durch
genügende Lohnerhöhungen abzumindern. Auch der Kampf gegen den
Achtstundentag wird nicht eingestellt werden und der Ausbau des gesetz-
lichen Arbeiterschutzes wird die größten Schwierigkeiten bereiten.

Viel mehr als je werden die Gewerkschaften, befreit von ödem Partei-
streit und religiösem Hader, in dieser Periode ihre großen Aufgaben erfüllen
müssen und dabei wird unser Verband keineswegs mit an letzter Stelle stehen.
Wir behaupten von uns, trotz schwerster Prüfungen, inmitten verheerender
Stürme in der Kriegs- und Nachkriegszeit, während der schlimmen Inflation
und den darauffolgenden Wirtschaftskrisen ein Höchstmaß gewerkschaftlicher
Tätigkeit entfaltet und Erfolge erzielt zu haben. Erfolge, die nicht gemessen
werden dürfen nur an den erreichten positiven Fortschritten, sondern auch
 daran, wie die eingenommenen Positionen gehalten werden konnten, die von
den Gegnern mit größter Energie berannt wurden.

Weiter haben wir uns auch der sachtechnischen und kunstgewerb-
lichen Fortbildung unserer Kollegen und unserer Jugend gewidmet durch
unser „**Taschblatt der Maler**“ und unserm Lehrlingsorgan mit
bunten Malvorlagen einen kräftigen Anstoß gegeben. Wer trotz alledem den
Wert unseres Verbandes und dessen ganz besondere Eignung für die Verhältnisse
unseres sehr komplizierten und schwer zu bearbeitenden Gewerbes nicht erkennt,
muß mit Blindheit geschlagen und von verderblichem Egoismus befallen sein.

Nun, nachdem die Arbeit wieder in vollem Gange ist, muß durch die
Agitation auch der letzte und unaufgeklärteste Kollege erfasst werden. Jetzt
heißt es, dem Verband auch noch den letzten Unorganisierten zuzuführen.
Verteilt die vom Verband herausgegebenen Schriften, teilt ihm
die Adressen der Unorganisierten mit.

Veranstaltet Bücherkontrollen, denn es kommt nicht selten
vor, daß Nichtorganisierte oder mit ihren Beiträgen in Rückstand
Gediebene dies bei Befragen beharrlich ableugnen. Nur gründ-
licher Einblick in das Mitgliedsbuch kann volle Klarheit bringen.

Stellt Euch den Filialverwaltungen zur Verfügung. Agitiert
und organisiert. Werdet aktive Mitarbeiter, besucht alle der
Agitation und Aufklärung dienende Versammlungen.

**Jedes neue Mitglied und jeder von neuem
fest an den Verband herangeführte Kollege
erleichtert das Opfer, das ihm zu bringen ist,
wenn er seine Aufgaben lösen und positiven
Erfolg erzielen soll.**

Lehrlingsvergütungssätze in Oberfranken.

Das Organ der Handwerkskammer von Oberfranken
„**Frankenhandwerk und Gewerbe**“ Nr. 1 vom
1. Mai 1926 werden die durch Beschluß der Handwerks-
kammer festgesetzten Vergütungssätze für die Lehrlinge
in den Berufen bekanntgegeben. Es sind zwei Ortsklassen
festgelegt worden. Zur A-Klasse gehören nur die Städte
Erfurt, Bamberg, Hof, Marktredwitz, Kulmbach, Selb
und Weismain. Die Vergütungssätze für Maler- und
Lehrlinge sollen betragen in der A-Klasse — für
den ersten Lehrjahr 1,20 M (1 M), im zweiten
1,50 (1,25), im dritten 2,40 (1,95), im vierten
(2,90), im fünften 4,80 (3,85), im sechsten 6,80 (5,30),
im siebten 8,40 (6,75) und im achten Lehrjahr
11 (7,70 M) gezahlt werden. Praktisch kommen aber
wegen der letzten Höhe kaum in Betracht, da im Bereich
der oberfränkischen Handwerkskammer kaum Lehrlinge in
den Gewerbe vorhanden sind, die 4 Jahre lernen.

Die Sätze sind also recht niedrig festgesetzt, trotzdem
es, als wenn sie gegenüber dem bisherigen Zu-
stand einen Fortschritt bedeuten. In den Erläute-

rungen zur Regelung der Erziehungs- und Unterhalts-
beiträge für Handwerkslehrlinge wird unter andern ge-
sagt, daß in der Inflation mit Rücksicht auf die immer
mehr zunehmende Geldentwertung die Erziehungsbeihilfe
für die Lehrlinge in Prozentätzen des Wochenlohnes eines
Gehilfen in der untersten Lohnstufe oder des ortsüblichen
Gehilfenwochenlohnes festgesetzt werden mußte. Man könne
aber dies bei den jetzigen Verhältnissen nicht weiterführen;
denn ein wöchentliches Unterhaltsbeitrag von 20 oder 30 M,
wie er sich vielfach in den ersten Lehrjahren nach den
geltenden Sätzen errechnet, könne nicht mehr ernsthaft in
Betracht kommen.

Es heißt dann bezeichnenderweise weiter: „Trotzdem
ist es vorgekommen, daß Handwerksmeister aus Mangel
an sozialem Verständnis nicht einmal diese geringfügigen,
als Mindestsätze gedachten Leistungen aufzubringen gewillt
waren.“ Also eine Bestätigung dessen, was von uns gesagt
wird, daß es immer noch Meister gibt, die das Lehr-
verhältnis nur unter dem Gesichtswinkel betrachten, mög-
lichst viel dabei zu verdienen.

Recht interessant ist es auch, daß von der Handwerks-
kammer darauf hingewiesen wird, wie notwendig es ist,
daß von ihr aus Vergütungssätze, Unterhaltsbeiträge oder

wie man die Entschädigungen für die Lehrlinge sonst noch
nennt, festgesetzt werden, um zu verhindern, daß diese mit
durch den Tarifvertrag geregelt werden. Es wird dabei be-
sonders betont, daß von Seiten der Gewerkschaften immer
Vorbehalte unternommen werden, um den Handwerks-
kammern und den Innungen die Regelung des Lehrlings-
wesens zu entziehen. Darum sei es außerordentlich wich-
tig, wenn die Gewerkschaften von dem Recht der Fest-
setzung der Entschädigungen Gebrauch mache; denn dann
sei dafür im Tarifvertrag kein Raum mehr. Bezeichnender-
weise wird noch hinzugefügt: „Daß bei einer tarifvertrag-
lichen Regelung der Lehrlingsvergütungen dem Handwerk
aber erhebliche Schwierigkeiten und Unannehmlichkeiten
bereitet würden, braucht hier wohl nicht näher begründet
zu werden.“ Die Unannehmlichkeiten und Schwierigkeiten
würden doch wohl in erster Linie nur darin bestehen, daß,
wenn die Vergütungssätze tarifvertraglich festgesetzt wür-
den, ihre Höhe im allgemeinen wohl über die von den
Handwerkskammern festgesetzte hinausgehen würde.

Trotzdem die von der Handwerkskammer vorgeschenen
Sätze unseres Erachtens außerordentlich niedrig sind,
wird darauf aufmerksam gemacht, daß sämtliche sozialen
Versicherungsbeiträge, soweit sie gesetzlich den Lehrling

Die Frühjahrestage müssen der Werbearbeit gewidmet sein! Kollegen, sorgt dafür, daß unsere Reihen geschlossen werden!

nicht „Reifen“ und vorausgehen muß, wenn dem...
...der Wirtschaft ist das persönliche, tiefere Interesse...
...die Stellung unseres Berufes genau wie unsere...
...Organisation, es läßt wesentlich besser um und aus.

Sozialpolitisches

Zur Hebung der deutschen Wirtschaftslage veröffentliche der französische Wirtschaftspolitiker Francis Delaiff die Zeitschrift „Die Gesellschaft“ beachtenswerte Ausführungen. Delaiff glaubt, daß die technische Ausrüstung der deutschen Industrie zwar auf der Höhe sei — eine Annahme, der man nicht ohne weiteres beipflichten kann —, die Produktion sei aber durch die Unfähigkeit der deutschen Industrie, Waren auf Kredit zu liefern, herabgerungen. In Deutschland konzentriert die Vereinigten Staaten und England, vermögen dies im großen Umfang zu tun. So ist Deutschland eingeteilt zwischen den kapitalstarken Mächten und den Vereinigten Staaten und zwischen Frankreich und Belgien, die wiederum Vorteile aus den niedrigen Produktionskosten in Folge der Geldentwertung genießen. Wenn Delaiff's Schilderung der Gründe der deutschen Wirtschaftslage wichtige Momente vernachlässigt, so sind doch seine Ausführungen beachtenswert: Drei Lösungen können vorgeschlagen werden. Die erste wurde gegenwärtig in Angriff genommen. Diese nennt Delaiff den „Nationalismus“, der durch Schutzzölle und Abwehrmaßnahmen die Wirtschaft sanieren möchte. Dieses System aber ohnmächtig. Es untergräbt durch Hochhaltung der Preise die inländische Kaufkraft und ruft Gegenmaßnahmen von den deutschen Dumping bedrohten Ländern hervor. Die zweite Lösung ist der kontinentale Zollverein, ein durch Abkommen zwischen Deutschland, Frankreich, Belgien und dem Saargebiet, sowohl zwischen den Staaten der Form von Zollermäßigungen, als durch private Vereinbarungen der betroffenen Industrien. Dadurch soll ein Millionen Menschen umfassendes, großes, einheitliches Wirtschaftsgebiet zustandekommen, das durch Erweiterung der Absatzmärkte Mittel- und Südeuropa versorgen könnte. Die dritte, die internationale Lösung der Wirtschaftslage, und das Mittel dazu die Abschaffung neuer Kredite, und das Mittel dazu die Verpfändung der Reichsschuld. Wenn man mit einem solchen Ausfuhrüberschuß von einer Milliarde im Jahre erzielt werden — und daher die wirkliche Zahlungsfähigkeit Deutschlands für Reparationen gegenwärtig auf etwa eine Milliarde Mark schätzt, so könnte dieser Teil der Reichsschuld mobilisiert werden, das heißt, den Gläubigern könnte eine internationale Anleihe im Betrage von 10 bis 12 Goldmillarden gegeben werden. Deutschland müßte dabei an die Anleihegeber nur die erwähnte eine Milliarde jährlich abführen. Frankreich könnte aus dieser Anleihe etwa 7 Milliarden erhalten. Da aber die Gläubiger selbst diese Kapitalien nicht oder nicht auf einmal haben, so könnten sie diese an andere europäische Länder, allen an Rußland und die Balkanländer weitergeben. Die Länder könnten nunmehr als Käufer auf den Weltmarkt und in späteren Jahren, nachdem ihre Wirtschaft dank Kapitalzuflusses erstarbt ist und die Rückzahlung der Anleihe beginnen kann, als Lieferanten auftreten. Die bewirkte Ausdehnung des Weltmarktes würde sich bewirkt werden und die Lebenshaltungskosten überall drücken. In etwa 20 Jahren wäre die ganze Operation vollendet und der heute gestörte wirtschaftliche Kreis wieder hergestellt. Die Voraussetzungen zum Gelingen dieses Planes wären Stabilisierung der Währung in allen Ländern, gleiche Berechtigung im Handel, vorzugsweise durch gegenseitige Gewährung der Meistbegünstigung, endlich internationale Abkommen in der Industrie zur Aufteilung der Märkte oder wenigstens zur Verteilung der Bestellungen nach einem Schlüssel, der der Produktionsleistung der betreffenden Länder entspricht. Ist eine solche Aufteilung in Krisenzeiten zwar außerordentlich schwer, ist sie sich bei Ausdehnung des Weltmarktes viel leichter zu erreichen. Solche Abkommen wären aber nur von wirklichem Vorteil, wenn sie auch eine entsprechende Neuorganisation der Arbeitsteilung in sich bergen würden. Es müßten sich die einzelnen Industrien auf die Produktion derjenigen Waren beschränken, welche sie am besten geeignet sind, das heißt, es wäre weitgehende Spezialisierung in der Produktion erforderlich. Als Beispiel führt Delaiff die bereits erfolgte Spezialisierung der Spinnereien von Roubaix an, die von Bradford auf seine Garnwaren an. Zwei bisher konkurrierende Industrien jetzt ohne Konkurrenz nebeneinander bestehen können. Großes Gelingen Delaiff's der Ausdehnung des inneren Absatzmarktes durch Erhöhung der Löhne und die Hebung der Vergeudung. Der Grundgedanke der Ausführungen Delaiff's ist der, daß die deutsche Wirtschaftslage nicht allein ein deutsches Problem darstelle, sondern international gelöst werden könne.

Die Höhe der Ausschüttung. Man sollte annehmen, daß in Zeiten allgemeiner Not alle Glieder des Wirtschaftlichen darunter zu leiden hätten. Aus eigener Erfahrung wissen wir aber, daß dies nicht so ist. Wenn man sich bei den jüngst bekanntgewordenen Bilanzen der Posten Vergütung (Zantime) für Aufsichtsräte anschaut, so muß man die Feststellung machen, daß hier von einem Abbaue nichts zu merken ist. Wir wollen hier eine kleine Liste zusammenstellen, wie die einzelnen Institute ihre Aufsichtsratsmitglieder entlohnten:

Bereinigte Glasstofffabriken	880 000 M.
Alle Bergbau A.-G.	171 000 „
Berliner Handelsgesellschaft	139 000 „
Commerz- und Privatbank	285 000 „
Darmstädter-Rationalbank	390 000 „
Deutsche Bank	377 000 „
Diskonto-Gesellschaft	488 000 „
Dresdner Bank	268 000 „
Mitteldeutsche Kreditbank	78 000 „
Allg. Deutsche Kreditanstalt	300 000 „
Gemeinschaftsgruppe Deutsch. Hypothek.	140 000 „

Im Durchschnitt wies jedes Mitglied eines Aufsichtsrats der vorstehend genannten Unternehmungen pro Jahr 10 000 bis 15 000 M. bekommen. Wenn man bedenkt, daß die betreffenden Herren mehrere solcher Aufsichtsratsposten bekleiden und sonst in hochbezahlten Stellungen sich befinden, dann muß man eine solche Entschädigung als aufreizend bezeichnen. Jedenfalls müssen sich die Millionen Arbeitlosen und Purgarbeiter ein eigenartiges Bild von der gegenwärtigen, als göttlich bezeichneten Wirtschaftsordnung machen, wenn für ein paar Sitzungen im Jahr derartige Entschädigungen gezahlt werden, die wohl Millionen lang etwas zu heißen haben.

Gewerkschaftliches

Eine Eingabe zur Umgestaltung der Industrie- und Handelskammern, der Landwirtschaftskammern und der Handwerks- und Gewerbelkammern haben die gesamten Spitzenorganisationen der deutschen Gewerkschaften an die Reichsregierung und an die Regierungen der Länder gerichtet. Bei dieser Umgestaltung sollen die Leitfäden des Verfassungsausschusses des Vorläufigen Reichswirtschaftsrates, die feinerzeit von Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretern gemeinsam anerkannt werden, entsprechende Berücksichtigung finden.

In der Eingabe heißt es: Die maßgebenden Organisationen der deutschen Wirtschaft waren im Jahre 1922 bei der Aufstellung vorgenannter Leitfäden von der Erwartung ausgegangen, durch die Umgestaltung der Kammern eine Lösung für den im Artikel 166 der Reichsverfassung vorgesehenen Unterbau des Reichswirtschaftsrates zu finden und den Unterbau vor, zum mindesten aber gleichzeitig mit dem endgültigen Reichswirtschaftsrat verwirklicht zu sehen. Die deutschen Gewerkschaften bedauern, daß der vorliegende Entwurf eines Mantel- und eines Ausführungsgesetzes, betreffend den endgültigen Reichswirtschaftsrat, diesem Standpunkte nicht Rechnung trägt. Es erscheint nicht tragbar, den Oberbau der öffentlich-rechtlichen Wirtschaftsvertretungen, den endgültigen Reichswirtschaftsrat zu bilden, ohne gleichzeitig auch den Unterbau, das heißt die Umgestaltung der öffentlich-rechtlichen Berufskammern und die Einrichtung der Bezirkswirtschaftsräte durchzuführen. Diese völlig einseitig, nur von den Unternehmervertretern gebildeten öffentlich-rechtlichen Kammern wachen sich, wie das auffeherregende Vorgehen auf der kürzlich in Offenbach gefundenen Tagung der Industrie- und Handelskammern des rheinisch-westfälischen und des südwestfälischen Industriebezirktes mit aller Deutlichkeit zeigte, zu einer immer größeren Gefahr für die deutsche Wirtschaft und den sozialen Frieden aus. Auf der Offener Tagung der Industrie- und Handelskammern brachten es in der Öffentlichkeit weithin bekannte Wirtschaftsführer unter dem Beifall der Anwesenden fertig, im Namen der Wirtschaft Forderungen gegen die Arbeiter aufzustellen, die wegen ihrer Tragweite nur als Kampfansage aufgefaßt werden können: die Wirtschaft soll frei sein von allem Zwang (das heißt soweit er zugunsten der Arbeiter besteht). Den Kartellen der Unternehmer soll möglichst weitgehende Freiheit gewährleistet sein. Der Wirtschaftsfriede soll nicht auf dem Wege der Verständigung mit den Arbeiterorganisationen, sondern durch neue Arbeitsgemeinschaft in den Betrieben, das heißt durch gelbe Werksvereine herbeigeführt werden. Die Werksleitungen sollen die Führung solcher Gebilde, in denen der Arbeitnehmer lediglich Objekt sein soll, selbst in die Hand nehmen. Der Kostentendenz und die Ratifikation des Washingtoner Abkommens seien zu verwerfen, das staatliche Schlichtungswesen zu beseitigen, die „sozialen Lasten“ zu hoch, die Sätze der Erwerbslosenfürsorge müßten herabgedrückt werden; denn die Tarifverträge seien schädlich. Ferner müsse verhängt werden, daß noch länger von Beamten, Lehrern, Juristen und Gewerkschaftssekretären wirtschaftsschädigende Gesetze gemacht werden. — Die deutschen Gewerkschaften betonen mit Entschiedenheit, daß es nicht Aufgabe der Industrie- und Handelskammern ist, in dieser unerhörten Art und Weise gegen berechnete Belange und Lebensfragen der deutschen Arbeitnehmer Stellung zu nehmen. Sie wenden sich ferner nachdrücklich dagegen, daß die bisher nur von Unternehmern gebildeten öffentlich-rechtlichen Kammern das Recht haben, namens der deutschen Wirtschaft Anträge, Gutachten und Beschlüsse zu fassen. Zur Wirtschaft gehören auch, und zwar nicht in letzter Linie, die 70 % des deutschen Volkes ausmachenden Arbeitnehmer. Die Gewerkschaften fordern deshalb aus Gründen des Staatswohles, der Wirtschaftsförderung und des sozialen Friedens, daß die Berufsorganisa-

tionen und Persönlichkeiten der Arbeiterbewegung durch Beteiligung an den öffentlich-rechtlichen Berufskammern der deutschen Wirtschaft als mitwirkende und mitverantwortliche Faktoren herangezogen werden.

Der Arbeiterkammernverband für das deutsche Sprachgebiet ist vor kurzem in Magdeburg durch den Zusammenschluß der Verbände verschiedener Systeme errichtet worden. Der 1. Verbandstag des neuen Verbandes nahm einen guten Verlauf. Grundlegend wurde beschlossen, für die Zusammenfassung aller Arbeiter-Kammernverbände zu wirken. Es soll ferner alles versucht werden, die neue Einheitskammern durch Verbesserung der Kammernstruktur auszugestalten. Bis dahin sollen die bisherigen Systeme alle Freiheiten genießen und das Wesen für die Ausschüttung ohne Rücksicht auf das System fortgesetzt werden. Die Leitung des Verbandes liegt in Händen des Schriftführers, der die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft begrüßt diese Zusammenfassung freiwillig gestimmter Kammern als einen Versuch, die reaktionären Tendenzen in den Reihen der sogenannten Intellektuellen zurückzuführen.

Eine neu gegründete Periode für freiberufliche Akademiker wendet sich mit einem Aufruf an die Öffentlichkeit. In dem Aufruf heißt es unter anderem: Die Vereinigung strebt getreu den Grundgedanken der Verfassung von Weimar die Verwirklichung des sozialen großdeutschen Volkstaates und die Verwirklichung moderner Staats- und Gesellschaftsgefühle unter den Akademikern, insbesondere unter der studentischen Jugend. Die führende Stellung des akademischen Standes soll nicht auf das Recht der Geburt, sondern auf die Leistung für das gesamte Volk gegründet sein. — Die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft begrüßt diese Zusammenfassung freiwillig gestimmter Akademiker als einen Versuch, die reaktionären Tendenzen in den Reihen der sogenannten Intellektuellen zurückzuführen.

Genossenschaftliches

Einheitsfront der Privatwirtschaft gegen die Gemeinwirtschaft.

—ff. Mit einer Folgerichtigkeit, die sich aus den Dingen entwickelt, gehen die Vertreter der privatwirtschaftlichen Interessen gegen alle wirtschaftlichen Erscheinungsformen vor, die in irgendeiner nennenswerter Weise praktische Bedeutung für die Volkswirtschaft erlangt haben und für die kartellierte Preispolitik der kapitalistischen Wirtschaftsform durch den Grund ihres Wesens ungeeignet sind. Als solche kommen vor allem die Konsumgenossenschaften in Betracht; dann aber auch alle gemeinnützigen und staatlichen Wirtschaftsrichtungen und Betriebe, die Sparkassen, Kommunal- und Kreisbanken, städtische Elektrizitätswerke und reichseigene Industriebetriebe. Als klassisches Beispiel für die beabsichtigte „Privatisierung“ des größten reichseigenen Betriebes, der vormaligen Staatseisenbahnen, ist das Angebot des verstorbenen Hugo Stinnes an die englische Regierung zum Erwerb derselben gegen ein Kasenvasser unbergessen und unbergesslich.

Nun scheint aber ein Generalangriff gegen alle gemeinwirtschaftlichen Unternehmungen geplant zu sein, zu dem sich nicht weniger als 7 Spitzenverbände solidarisch verbunden haben und unter denen sich neben dem Zentralverband der Banken und den Reichsverbänden der deutschen Industrie, des Handwerks und der Privatversicherung, die Zentralverbände des Großhandels und des Einzelhandels befinden. Der Stoß soll sich in erster Linie gegen die Überführung wichtiger Wirtschaftszweige in die Unternehmungsformen öffentlich-rechtlicher Körperschaften (Gemeinden und Gemeindeverbände) richten; aber aus vorangegangenen Akten seitens des Zentralverbandes des Großhandels gegen die Genossenschaftsbewegung ist unschwer zu schließen, daß die Einheitsfront der Privatwirtschaft sich ebenso systematisch gegen die Konsumgenossenschaften wenden wird. Somit wäre neben der Beseitigung des Großhandels die des organisierten Einzelhandels und der Privatversicherung kaum recht verhandlich.

Bereits im Juni vorigen Jahres wurde auf einer Tagung des Zentralverbandes des deutschen Großhandels beschlossen, einen systematischen Kampf gegen die Genossenschaften (lies: Konsumvereine) einzuleiten und zu diesem Zwecke eine besondere Kommission eingesetzt, die entsprechendes Material zur gegenwertigen Bewertung zu sammeln hat. Deren Tätigkeit ist in letzter Zeit dadurch erkennbar geworden, daß eine Anzahl Handelskammern sich an Konsumgenossenschaften ihrer Bezirke mit Zuschriften gewandt haben, in denen der Vorwurf des Verlaufs an Nichtmitgliedern erhoben wird, wobei der Sintergedanke eine Rolle spielen dürfte, auf Grund dieser Vorwürfe bei der Reichsteuergesetzgebung darauf hinzuwirken, daß die Befreiung der Konsumgenossenschaften von der Körperschaftsteuer aufgehoben wird. Denn dies ist das nächste Gebiet, auf dem die privatwirtschaftlichen Interessenträger Erfolg zu erringen trachten. Durch Verstärkung der sowieso schon drückenden steuerlichen Belastung der Konsumgenossenschaften durch Gewerbe- und doppelte Umsatzsteuer soll die Konkurrenzfähigkeit genossenschaftlicher Wirtschaftsbetriebe herabgemindert und dadurch der automatische Preisabbau und die Preisregulierung verhindert beziehungsweise ausgeschaltet werden.

Ein weiteres Anzeichen dieses systematischen Kampfes gegen die Genossenschaften ist in den Auslassungen von Fachzeitungen der Industrie zu finden, die — wie die „Verteidigung“ und das „Fachorgan“ „Schuß und Feder“ — die gesamte Bekleidungs- und Nahrungsmittelindustrie und

